

Niederschrift

über die 33. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 27.04.2023

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Sitzungssaal, Marktplatz 1

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

Unterbrechungen: 16:15 Uhr bis 16:20 Uhr

Anwesenheit: Soll 43 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist 39 Mitglieder der Stadtvertretung
90,70 %

Entschuldigt: Ratsfrau Barthel (Bürger für Neubrandenburg)
Ratsfrau Reinsdorf (DIE LINKE)
Ratsherr Mantseris (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ratsherr Pawlowski (CDU/FDP-Fraktion)

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr Witt, Oberbürgermeister

Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Frau Renger, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Kuhnert**, eröffnet die 33. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung, den Oberbürgermeister

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Kuhnert**, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird.

Herr Norbert Hahlweg kommt auf seine Frage in der Einwohnerfragestunde am 03.11.2023 zurück. Er fragt, warum keine Konsequenzen innerhalb der NEUWOGES gezogen wurden und Widersprüche von Mietern nach wie vor nicht beantwortet werden. Er fragt weiter, warum die Beantwortung seiner Frage 5,5 Monate gedauert hat.

Herr Norbert Hahlweg fragt, inwieweit die ärztliche Versorgung auf dem Datzeberg sichergestellt wird, sollte zum Jahresende die Praxis im Datzecenter aufgegeben werden, weil dort eine Grundschule einzieht.

Der Oberbürgermeister, Herr **Witt**, sagt zu, sich darum zu kümmern. Eine ärztliche Versorgung sollte im Wohngebiet gesichert sein.

Ratsherr **Kuhnert** verliest eine schriftlich eingereichte Bürgeranfrage:

„Wir sind Anwohner in der Lindenstraße 6 und bitten um Beantwortung folgender Frage in der Einwohnerfragestunde der nächsten Stadtvertreterversammlung:

In der Augustastraße 7 wird eine Gaststätte namens "Hafenstunde" betrieben. Der Betreiber dieser Gaststätte führt regelmäßig Open-Air-Konzerte durch, was in der Vergangenheit bereits zu erheblichen nächtlichen Lärmbelästigungen, z. T. bis in die frühen Morgenstunden, geführt hat. Die nächste Veranstaltung findet am 30.04.2023 statt ("Tanz in den Mai"). Für diese Veranstaltung wurde bei der Stadt Neubrandenburg eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung beantragt, welche auch erteilt wurde. Inhaltlich wurde u. a. festgelegt, dass dieses Live-Konzert unter freiem Himmel auf offener Bühne bis zum Folgetag 01:00 Uhr durchgeführt werden darf. Vor dem Hintergrund der absolut geltenden immissionsschutzrechtlichen Regelungen zum Schutz vor Nachtlärm bitten wir um konkrete Benennung der hier für diese Genehmigung angewandten Rechtsgrundlagen (BImSchG, Freizeitlärm-Richtlinie etc.).

Die einschlägigen Rechtsvorschriften begrenzen derartige Aktivitäten i. d. R. auf Zeiträume bis 22:00 Uhr. Warum verstößt die Stadt Neubrandenburg sehenden Auges gegen zwingendes Immissionsschutzrecht?"

Der Oberbürgermeister teilt zu diesem Sachverhalt mit, dass die Anfrage bereits in der Bearbeitung ist.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt der Stadtpräsident die Einwohnerfragestunde.

TOP 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Kuhnert**, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest (Postausgang 19.04.2023). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt; die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 4 Beschluss über die Niederschrift der 32. Sitzung der Stadtvertretung am 16.03.2023

Abstimmung: Die Niederschrift wird bei 38 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung bestätigt.

TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt Vorlage: INF/VII/0191

Ratsherr **Prof. Dr. Freigang** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bezieht sich auf die neue Obdachloseneinrichtung, die demnächst zur Verfügung stehen soll. Seine Fraktion befürwortet, diesen Neuanfang zu nutzen, über neue Konzepte im Umgang mit dem Phänomen der Obdachlosigkeit ins Gespräch zu kommen, um den betroffenen Menschen in Neubrandenburg neue Perspektiven zu eröffnen.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, begrüßt diesen Vorschlag und wird ihn im entsprechenden Ausschuss vorstellen. Er erinnert daran, dass es Konzepte des Landkreises und der Wohnungsgesellschaften gibt, aufeinander zuzugehen, um Obdachlosigkeit zu verhindern. Die Anzahl der vorgesehenen Plätze wurde aufgrund der Belegungszahlen der letzten Jahre bestimmt. Demnächst soll die Betreuung des Hauses ausgeschrieben werden. Insofern komme der Vorschlag zu einem guten Zeitpunkt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Ratsherr **Waeller** (CDU/FDP-Fraktion) geht auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Energiewirtschaft ein. Er fragt, inwieweit der Aufsichtsrat der Neubrandenburger Stadtwerke bei Beschaffungsfragen, insbesondere unter extrem marktverändernden Bedingungen, eingebunden ist und, ob dieser hierzu ein Mitspracherecht hat.

Der Oberbürgermeister, Herr **Witt**, sagt die schriftliche Beantwortung zu.

Die Anfrage erhält die Drucksachenummer ANF/VII/0190.

Ratsfrau **Paulitschke** (SPD) bezieht sich auf Ihre Anfrage vom 16.03.2023. In der mündlichen Antwort wurde zugesagt, dass ein Angebot zur Diskussion unterbreitet werden soll. Aus dem Nordkurier habe sie erfahren, dass bereits feststehe, die Eishalle im Rahmen des Weberglockenmarktes betreiben zu wollen. Sie fragt nun, wann die Beteiligung der Stadtvertretung stattgefunden hat.

Herr **Witt** hält zunächst fest, dass die Betreibung des Eiszeltes Angelegenheit der Neubrandenburger Stadtwerke sei und diese mit den entsprechenden Gremien darüber entscheiden, ob, wie und zu welchen Zeiten das Eiszelt aufgestellt werden soll. Aus seiner Sicht hätte man sowohl über die Variante des Aufbaus während des Weberglockenmarktes als auch über die Variante ohne Weberglockenmarkt diskutieren können. Die Neubrandenburger Stadtwerke und die VZN GmbH haben sich jetzt positioniert. Aus ihrer Sicht funktioniert das Eiszelt nur mit dem Weberglockenmarkt. Herr Witt sagt zu, kurzfristig mit den Geschäftsführungen zu sprechen und den Bedarf der Ratsfrauen und Ratsherren, in die Entscheidungen über den favorisierten Zeitpunkt der Aufstellung des Eislaufzeltes einbezogen zu werden, zu übermitteln.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hat eine Nachfrage zu seiner Anfrage aus der letzten Sitzung der Stadtvertretung zum Thema Müllvermeidung. In der Antwort auf seine Anfrage wurde ihm mitgeteilt, dass eine ausschließliche Nutzung von Mehrweggeschirr aus Infrastrukturgründen derzeit nicht möglich ist. Seine Frage ist, was „derzeit“ bedeutet: Soll die Infrastruktur geschaffen werden? In welchem Zeitraum?

Herr **Witt** sagt die schriftliche Beantwortung zu.

Die Anfrage erhält die Drucksachenummer ANF/VII/0191.

Ratsherr **Schnell** (AfD) hat drei Fragen.

1. Wie viele Menschen nehmen an den Veranstaltungen zur 775-Jahr-Feier der Stadt teil?
2. Sind zum 17.06.2023 Veranstaltungen stadtseitig geplant?
3. Ist es möglich, den Bahnhofsvorplatz kurzfristig zu reinigen?

Herr **Witt** sagt zur ersten Frage eine Liste der bisherigen Veranstaltungen mit geschätzten Besucherzahlen zu. Die meisten Veranstaltungen finden ohne Eintrittsgeld statt. Zum Thema des 17.06.1953 wird es eine Ausstellung in der Bibliothek geben.
Am 09.06.2023 findet um 18:00 Uhr anlässlich des 70. Jubiläums des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 eine von Stadt, Bundesarchiv-Stasi-Unterlagen-Archiv und dem Literaturzentrum e. V. gemeinsam organisierte Veranstaltung im Brigitte-Reimann-Literaturhaus statt.

Die Problematik der Reinigung des Bahnhofsvorplatzes werde geprüft.
Antwort der Verwaltung: Eine Sonderreinigung des Bahnhofsvorplatzes wurde am 03.05.2023 veranlasst. Der Vorplatz wird im Turnus von vier Wochen gereinigt.

Ratsfrau **Kanew** (fraktionslos) informiert, dass das Café International im Rahmen einer Spendensammelaktion bis zum 04.05.2023 Geld sammelt, um seine Räumlichkeiten umzugestalten. Sie bittet um Teilnahme der Ratsfrauen und Ratsherren an der Crowdfunding-Aktion.

Ratsherr **Schwanke** (Bürger für Neubrandenburg) fragt nach den in der Sitzung der Stadtvertretung vom 16.03.2023 zugesagten Einladungen und Eintrittskarten zum Jubiläumskonzert der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg. Bezugnehmend auf den Vorschlag von Ratsherrn Prof. Dr. Freigang informiert Ratsherr Schwanke, dass geplant sei, im Rahmen der Eröffnung des Obdachlosenhauses dort als Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit zu tagen.

Herr **Witt** informiert zur Frage nach den ausstehenden Einladungen, dass diese am 05.05.2023 in den Postausgang der Verwaltung gehen.

Ratsherr **Schwanke** bestätigt die Aussage, dass man bei Fragen zu lange auf Antworten und Auskünfte aus der Verwaltung warten müsse, aus eigener Erfahrung. Er kritisiert zudem, dass nach den Abschlussfeiern der Schülerinnen und Schüler am Freitag, dem 21.04.2023 der von ihnen hinterlassene Müll kein gutes Bild abgegeben habe und erwartet von der Verwaltung, dass zukünftig vorgedacht wird, damit am Wochenende dieser Müll von den Spaziergängern und Erholungsuchenden nicht vorgefunden wird. Ratsherr Schwanke weitet seine Kritik auch auf die Eltern und Erziehungsberechtigten der Abiturienten aus.

Auf die Behauptung, die Stadtverwaltung lasse Fristen verstreichen, verweist Herr **Witt** auf § 6 Abs. (3) der Hauptsatzung der Stadt Neubrandenburg. Darin ist die Frist geregelt, in der Anfragen durch die Stadtverwaltung beantwortet werden müssen. Wenn Anfragen eine längere Bearbeitungszeit benötigen, werde dies mitgeteilt und um Fristverlängerung gebeten.

Zur Vermüllung des Sandbades Broda durch Jugendliche an deren letztem Schultag führt der Oberbürgermeister aus, dass die Jugendlichen ihr Verhalten überdenken und nicht der Allgemeinheit die Beräumung und Entsorgung ihres Mülls überlassen sollten.

Herr **Witt** berichtet, dass kurz nach 10 Uhr am Samstag der Bauhof händisch jedes einzelne Stück Papier, jede Glasscherbe und alles Weitere aufgesammelt habe und richtet seinen Dank an die Mitarbeiter des Bauhofes. Ab Montag wurde in der Verwaltung ein Plan erstellt, was während der Zeit der Schulabschlussfeiern zusätzlich gemacht werden soll, z. B. Aufstellen zusätzlicher Mülltonnen.

In einer weiteren Frage bezieht Ratsherr **Schwanke** sich auf das letzte Matthias-Reim-Konzert in Neubrandenburg und äußert sein Unverständnis darüber, dass Fahrzeuge, die zum Badehaus wollten, angehalten und zur Zahlung einer Parkgebühr in Höhe von 3 Euro aufgefordert wurden. Aus seiner Sicht gab es dafür keine Grundlage.

Herr **Witt** nimmt die Frage mit, gibt aber zu bedenken, dass für die Ordnungskräfte wahrscheinlich nicht zu unterscheiden sei, wer tatsächlich nur zum Badehaus wolle und wer sein Auto wegen des Konzerts abstellen will.

Ratsherr **Albrecht** (SPD) fragt, inwieweit bei Straßenbaumaßnahmen optional die Neuverlegung von Fernwärmeleitungen vorgesehen ist, damit Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, sich da, wo das jetzt noch nicht möglich ist, an Fernwärmeleitungen anzuschließen.

Herr **Witt** sagt die schriftliche Beantwortung zu.

Die Anfrage erhält die Drucksachenummer **ANF/VII/0192**.

Ratsfrau **Kanews** Bitte, die Antworten der Bürgeranfragen ebenfalls an die Ratsfrauen und Ratsherren weiterzuleiten, wird der Oberbürgermeister nachkommen

TOP 7 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Ratsherr **Gesswein** (CDU/FDP-Fraktion) beantragt die Streichung der Beschlussvorlage BV/VII/0527 (TOP 12) von der Tagesordnung und die Behandlung in der nächsten Sitzung der Stadtvertretung. Auf Grund der Vielzahl der Änderungsanträge fühle er sich nicht in der Lage, heute eine vernünftige Entscheidung zu fällen.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Kuhnert**, informiert, dass vor Abstimmung über diesen Antrag dem Einreicher (Oberbürgermeister) die Möglichkeit gegeben werden muss, seine Vorlage zu verteidigen.

Der Oberbürgermeister, Herr **Witt**, führt aus, dass ein großes Interesse seinerseits bestehe, die Hauptsatzung in der Form, wie sie von der Verwaltung vorgelegt wurde, zu beschließen. Die Flut von Änderungsanträgen seitens der Fraktionen könne er nicht beeinflussen. Er sei davon ausgegangen, dass zwei Lesungen ausreichen, sich interfraktionell zu verständigen. Jedoch verweigere er sich keinem weiteren Beratungsgang, sofern gewünscht wird, die Verwaltungsexpertise nochmals zur Verfügung zu stellen.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) rekapituliert, dass sie Ratsherrn Gesswein so verstanden hat, dass er nicht für eine 3. Lesung gesprochen habe, sondern für eine Verschiebung der 2. Lesung auf die nächste Sitzung der Stadtvertretung. Darüber müssen nun entschieden werden.

Ratsherr **Giermann** (CDU/FDP-Fraktion) spricht sich ebenfalls dafür aus, TOP 12 von der Tagesordnung zu nehmen. Der Änderungsantrag zur Jugendbeteiligung sei nicht mit der Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendbeteiligung abgesprochen. Diese wünsche dazu eine weitere Beratung.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt den Antrag, TOP 12 in eine 3. Lesung zu geben. Als Grund gibt er ebenso die hohe Anzahl an Änderungsanträgen an. Zuletzt sei die 3. Fassung zur Installierung eines 2. Beigeordneten eingegangen, zu der aus seiner Sicht Beratungsbedarf bestehe.

Nach Rücksprache mit der Rechtsabteilung informiert Ratsherr **Kuhnert** darüber, dass erst über den Antrag von Ratsherrn Gesswein abgestimmt werden muss, TOP 12 von der Tagesordnung zu nehmen oder nicht.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (Bürger für Neubrandenburg) merkt an, dass man im Präsidium dafür plädiert habe, TOP 12 bis 14 wegen inhaltlicher Gleichheit in verbundener Aussprache zu behandeln und bittet um Beratung, wie mit TOP 13 und 14 verfahren werden soll, falls der Antrag von Ratsherrn Gesswein eine Mehrheit findet.

Weiterhin beantragt sie Rederecht für die Drucksache BV/VII/0565 (TOP 19), für den Geschäftsführer der NEUWOGES, Herrn Benischke.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** zeigt für die Drucksache BV/VII/0570 (TOP 16) Mitwirkungsverbot an.

Ratsherr **Giermann** beantragt Rederecht für Herrn Cornelius Meid, Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendbeteiligung, für den Fall, dass TOP 12 nicht von der Tagesordnung genommen wird.

Ratsherr **Kracht** (AfD) beantragt bei Streichung von TOP 12, dass TOP 13 und TOP 14 ebenfalls von der Tagesordnung genommen werden.

Der Stadtpräsident lässt über den Antrag von Ratsherrn Gesswein abstimmen, TOP 12 von der Tagesordnung zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mit 34 Dafürstimmen, 3 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Der Stadtpräsident lässt über den Antrag von Ratsherrn Kracht abstimmen, TOP 13 und TOP 14 von der Tagesordnung zu nehmen.

Es erfolgt zuerst die Abstimmung über TOP 13.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mit 36 Dafürstimmen und 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Nun erfolgt die Abstimmung über TOP 14.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mit 36 Dafürstimmen und 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Der Stadtpräsident teilt als weitere Änderungen zur Tagesordnung mit, dass Drucksache PV/VII/0086 (TOP 22) aus dem nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung ans Ende der öffentlichen Beratung gesetzt wird.

Er bittet weiterhin um Nachtrag von

- je 1 Änderungsblatt zu BV/VII/0599 (TOP 11) und BV/VII/0565 (TOP 19) und
- 1 Änderungsantrag zu BV/VII/0565 (TOP 19) Fraktion B90/GRÜNE.

Er schlägt vor, die Beschlussvorlagen BV/VII/0570 und BV/VII/0572 (TOP 16 + TOP 17) in verbundener Aussprache zu behandeln.

Der Stadtpräsident lässt über das Rederecht für Herrn Benischke abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Das Rederecht wird mit 39 Dafürstimmen eingeräumt.

Der Stadtpräsident lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Die so geänderte Tagesordnung wird mit 39 Dafürstimmen angenommen.

Ratsfrau **Kanew** bittet um eine Unterbrechung, um die noch immer nicht ausreichende Tonqualität verbessern zu lassen.

Der Stadtpräsident unterbricht die Sitzung für eine 5-minütige Pause.

TOP 8 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

TOP 9 Änderung des Beschlusses 27/16/2022 Vollständige Neubesetzung des Ausschusses für Generationen, Bildung und Sport gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V
hier: Wahl eines Mitglieds in den Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport
Vorlage: BV/VII/0621

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 39 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 33/09/2023**

TOP 10 Änderung des Beschlusses 25/20/2022 Vollständige Neubesetzung des Kulturausschusses gemäß § 36 Abs. 1 der KV M-V
Hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in den Kulturausschuss
Vorlage: BV/VII/0628

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 39 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 33/10/2023**

TOP 11 Satzung zum Bürgerbudget der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0599 – 2 Änderungsblätter

Ratsherr **Stieber** (SPD) wirbt um Unterstützung für die Ziele der Beschlussvorlage, die in größerer Bürgernähe, Förderung von Engagement und lokaler Demokratie liegen und bittet um Zustimmung für das Anliegen der Fraktion der SPD. Er benennt mündlich eine weitere Änderung des 2. Änderungsblattes zur Vorlage. Beschlusspunkt 1 soll gestrichen werden. Damit fällt die Nummerierung des verbleibenden Beschlusspunktes weg.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) führt aus, dass ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird, da für ein Bürgerbudget der rechtliche Rahmen in Mecklenburg-Vorpommern laut Kommunalverfassung nicht gegeben sei.

Sie schlägt vor, heute nicht positiv zu entscheiden sondern

1. die Landesregierung zu unterstützen, dass in der novellierten Kommunalverfassung entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen für ein Bürgerbudget geschaffen werden und
2. den Bürgerinnen und Bürgern die Förderprogramme, die es in Neubrandenburg bereits gibt, besser zugänglich zu machen.

Ratsherr **Lange** (SPD) erläutert, dass Kommunen im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung in gewissen Projekten vorangehen können.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zeigt die Unterstützung des Beschlussantrages durch seine Fraktion an. Zunächst sollen Wege aufgezeigt werden, die unter den aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen möglich sind.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 11 Dafürstimmen, 20 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Beschlusnummer: **STV 33/11/2023**

TOP 12 Hauptsatzung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0527 – 1 Änderungsblatt

Die Vorlage wird von der Tagesordnung genommen.

**TOP 13 Änderung der Vergabeordnung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0622**

Die Vorlage wird von der Tagesordnung genommen.

**TOP 14 1. Satzung zur Änderung der Satzung für den „Eigenbetrieb Immobilienmanagement der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg“ (Betriebssatzung)
Vorlage: BV/VII/0623**

Die Vorlage wird von der Tagesordnung genommen.

**TOP 15 Wirtschaftspläne 2023 der IKT-Ost AöR und der FLB - Friedländer Bahn - GmbH
Vorlage: INF/VII/0180**

Herr **Bachmann**, Beteiligungsmanagement, erläutert, dass mit der vorliegenden Informationsvorlage über die Wirtschaftspläne für das Jahr 2023 des gemeinsamen Kommunalunternehmens IKT-Ost AöR sowie der Friedländer Bahn GmbH informiert wird.

Nach der Kommunalverfassung sind die jährliche Wirtschaftsplanung sowie die Finanzplanung der wirtschaftlichen Unternehmen der Stadtvertretung zur Kenntnis zu bringen. Da die Wirtschaftspläne beider Unternehmen zum Zeitpunkt der Lesung des Haushalts 2023 durch die Stadtvertretung noch nicht in bestätigter Form vorlagen, erfolgt diese Kenntnisgabe mit der Informationsvorlage.

Der Wirtschaftsplan 2023 der IKT-Ost wurde durch den Verwaltungsrat am 21.02.2023 beschlossen. Dabei wurde für eigene Investitionsmaßnahmen sowie trägerübergreifende Maßnahmen eine Sperre verhängt, das heißt, diese Maßnahmen bedürfen einer gesonderten Freigabe. Zusätzlich wurden Personalkosten in Höhe von 1,4 Mio. EUR mit einer Sperre belegt. Der Wirtschaftsplan sieht Erträge und Aufwendungen in Höhe von jeweils 47.267 TEUR sowie Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 16.377 TEUR vor. Der Stellenplan umfasst eine Ausstattung von 169 Vollzeit-Äquivalenten, davon ist ein Teil der Stellenbesetzung projektbezogen und bedarf der Freigabe der entsprechenden Vorhaben. Die Stellenbesetzung zum 31.12.2022 belief sich auf 109 Vollzeit-Äquivalente.

Der Wirtschaftsplan der FLB – Friedländer Bahn GmbH, an der die Stadt mit einem Minderheitsanteil von 6 %, gemeinsam mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte und der Stadt Friedland, beteiligt ist, wurde in einer Gesellschafterversammlung am 23.02.2023 beschlossen. Die kommunale Beteiligung hat zum Ziel, eine öffentliche Förderung durch das Land für die Erneuerung der Bahnstrecke Neubrandenburg – Friedland zu ermöglichen, als eine bedeutsame Maßnahme des Erhalts der regionalen Infrastruktur. Das Vorhaben kam bislang noch nicht zur Umsetzung, ist jedoch unter Federführung der Stadt Friedland in Vorbereitung. Der Wirtschaftsplan 2023 der FLB sieht ein Jahresergebnis von 24 TEUR und keine eigenen Investitionen vor. Eine Kreditaufnahme von 170 TEUR soll eine Instandsetzungsmaßnahme an der Bahnstrecke im Jahr 2023 ermöglichen. Der Stellenplan sieht nur 0,3 Vollzeit-Äquivalente für Betriebsleitungsaufgaben vor.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verlässt den Sitzungsraum.

TOP 16 **Beschluss über die Annahme einer Spende vom Lokale Agenda 21 Neubrandenburg e. V. durch die Stadtvertretung - Geldzuwendung für die Pflanzung und Pflege von 17 Eichen auf der Wallanlage der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg**
Vorlage: BV/VII/0570

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 38 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 33/16/2023**

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betritt den Sitzungsraum.

TOP 17 **Beschluss über die Annahme einer Spende vom Freundeskreis der Kunstsammlung Neubrandenburg e. V. - Geldzuwendung für die Restauration der „Langen Bank“ im Kulturpark der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg**
Vorlage: BV/VII/0572

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 39 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 33/17/2023**

TOP 18 **Ergänzungsbeschluss Doppischer Haushaltsplan 2023 Band 4 Städtebauliches Sondervermögen, Nordstadt/Ihlenfelder Vorstadt – Die soziale Stadt, Sanierung Turnhalle BIP Kreativcampus**
Vorlage: BV/VII/0620 – 1 Änderungsblatt

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 24 Dafürstimmen, 13 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 33/18/2023**

TOP 19 **Bebauungsplan Nr. 131 „Gartenstadt Neubrandenburg – An den Fünfeichen Teichen“**
hier: Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Vorlage: BV/VII/0565 – 3 Änderungsblätter

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (Bürger für Neubrandenburg) bittet Herrn Benischke, Geschäftsführer der NEUWOGES, eine Empfehlung für den Umgang mit der aktuellen Drucksache auszusprechen.

Herr **Benischke**, führt aus, dass die NEUWOGES aufgrund der bisherigen Aktivitäten bei der Unterkunft Markscheiderweg und in der Kirschenallee (Bau und Vermietung an den Landkreis) angefragt wurde, beim gleichen Thema in Fünfeichen mit fachlicher Expertise zur Verfügung zu stehen. Nach Vor-Ort-Besichtigungen im Februar mit dem Landesamt für Innere Verwaltung, dem Landkreis und der Stadt Neubrandenburg wurde die NEUWOGES um eine Kapazitätsschätzung gebeten. Die Zielkapazität des Landes liegt bei 400 bis 500 Personen. Nach dem Flüchtlingsgipfel am 09.03.2023 bat das Land um Vorlage einer Studie zum Umfang der möglichen Sanierungskosten, einschließlich des Spezialthemas der Ver- und Entsorgung. Für die Kostenermittlung werden die Stadtwerke (Ver- und Entsorgung) als auch ein Architekturbüro (Baukosten) einbezogen.

Bis jetzt umfasse die Studie drei der bisherigen Unterkunftsgebäude, die in etwa die Kapazität von 400 bis 500 hergeben. Neu sei die Einbeziehung des bisherigen Lehrgebäudes, da es erstmalig bei der Planung von Flüchtlingsunterkünften die Prüfaufgabe gibt, inwieweit sich Unterrichtsräume für Vorbereitungsklassen bzw. Räume für die Betreuung im Rahmen einer Kindertagesstätte unterbringen lassen. Der jetzige Eigentümer der Gebäude sei ebenfalls einbezogen. Er beabsichtige, den Verkaufsgegenstand so abzutrennen, wie jetzt die Erweite-

zung des B-Planes vorgesehen ist. Mittlerweile habe sich herausgestellt, dass das Thema Ver- und Entsorgung insgesamt angefasst werden müsse, weil insbesondere das Thema der Beheizung nicht klar sei. Es liegen weder Erdgas noch Fernwärme an. Für das Land sei eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für eine Nutzung über 10 Jahre mitzuliefern. Nach Vorstellung beim Land sollte dieses eine Kostenübernahmeerklärung für die Planung abgeben. Für ein Gebäude gebe es bereits Studien, dass ein Umbau in Wohnungen funktionieren könnte.

Wenn das Land im Mai die Kosten als zu hoch einschätzt, müsse der B-Plan bezüglich des Restes der Ostseite erneut aufgerufen werden. Ob der heutige Beschluss mit dem Rest der Ostseite zusammenpasst, kann derzeit niemand beantworten. Das Thema mehrgeschossiger Wohnungsbau auf der Ostseite sei grundsätzlich richtig, der Zeitpunkt wegen der ungeklärten Fragen zum Unterbringungsbereich eher ungünstig, da diese im Moment nicht zu beantworten seien. Die Stadt müsse bei der Bearbeitung des B-Plans auf die Nachbarschaft zugehen, angesichts der ungeklärten Fragen sei das schwierig.

Ratsherr **Giermann** (CDU/FDP-Fraktion) fragt Herrn Benischke und den Oberbürgermeister, inwieweit die Stadtvertretung intensiver einbezogen werden soll, um auf dem Verhandlungsstand zu bleiben. Er weist darauf hin, dass für die Einrichtung von Vorbereitungsklassen in Fünfeichen das Personal fehle.

Herr **Benischke** antwortet, dass die Stadt nur planungsrechtlich beteiligt sei. Für die inhaltliche Ausfüllung und Betreuung wären Land und Landkreis zuständig. Die Einrichtung von Vorbereitungsklassen oder Kitaräumlichkeiten müssen das Bildungs- bzw. das Sozialministerium klären. Der Oberbürgermeister, Herr **Witt**, schließt sich diesen Ausführungen an.

Ratsherr **Schwanke** (Bürger für Neubrandenburg) fragt ob es richtig ist, dass Neubrandenburg im Verhältnis relativ viele Geflüchtete zugewiesen bekommt, die anderen Städte des Kreises – Waren oder Neustrelitz – jedoch viel weniger.

Herr **Benischke** antwortet, dass insbesondere Neustrelitz und Waren bisher sehr schwach vertreten wären. Deswegen gebe es vonseiten des Landkreises hohen Druck auf diese beiden Städte, konkrete Standorte für Flüchtlingsunterkünfte auszuweisen. Je ein Standort sei in Waren und Neustrelitz in Vorbereitung.

Ratsherr **Bromberger** (CDU/FDP-Fraktion) fragt, für wie wahrscheinlich es Herr Benischke hält, dass die Unterkunft kommt. Dies sei für die heutige Entscheidungsfindung relevant. Er fragt, ob die NEUWOGES, auch wenn diese nicht kommt, trotzdem an diesem Standort festhalten will, vielleicht auch für Wohnraum.

Herr **Benischke** antwortet, dass der Standort vom Land und vom Landkreis gewollt ist, auch in dieser Größenordnung. Ob auch das Budget des Landes dazu passt, muss noch ermittelt werden.

Für Wohnungsbau sei der Standort grundsätzlich geeignet, weil er bis auf die Heizung komplett erschlossen ist. Die Unterkunftsgebäude lassen sich größtenteils umbauen.

Auf Ratsherrn **Dr. Wielands** (DIE LINKE) Frage, ob der Zeitpunkt der Beschlussfassung die weitere praktische Arbeit und Kooperation beeinflusst, antwortet Herr **Benischke**, dass dies je nach Wahrscheinlichkeit der Fall sein könne.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, wo Herr Benischke einen möglichen Dissens zum Aufstellungsbeschluss sieht.

Herr **Benischke** antwortet, dass der Zeitpunkt der Knackpunkt sei. Man wisse noch relativ wenig und habe mit umfänglichen Entflechtungskosten zu kämpfen. Ein bis zwei Monate mehr Zeit würde für alle viel Klarheit schaffen.

Ratsherr **Albrecht** (SPD) erinnert an die ausführlichen Diskussionen und Gespräche, die im Ausschuss geführt wurden. Dort habe man sich auch mit der Verwaltung darauf einigen können, dass in diesem Bereich eine Bebauung stattfinden soll, die der vorhandenen Struktur angeglichen wird. Ob im jetzigen Bereich der ehemaligen Kasernengebäude Wohnungen eingebaut werden oder in 10 Jahren, das sollte heute für diesen Beschluss nicht entscheidend sein. Es geht um einen Aufstellungsbeschluss zu einem B-Plan. Und in diesem B-Plan können ja genau all diese Fragestellungen, die jetzt im Raum stehen, genau bedacht werden.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** fasst zusammen, dass es sich bei der Vorlage um eine Erweiterung eines bestehenden Aufstellungsbeschlusses handelt. In den Ausschüssen wurde zu städtebaulichen Aspekten diskutiert. Und die Stadt macht sich auf den Weg, ein Gebiet zu entwickeln, in dem Mehrgeschosser entstehen können, um dem Wohnungsmangel zu begegnen. Aufgrund der Zusage der Verwaltung, dass das Thema des sozialen Wohnungsbaus weiter mit Priorität in der Stadtentwicklung diskutiert werden wird, zieht er den Änderungsantrag seiner Fraktion zurück.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (Bürger für Neubrandenburg) beantragt eine Rückverweisung der Beschlussvorlage in die Verwaltung, um in Bezug auf das erste Gebiet mehr Klarheit erlangen zu können.

Der Oberbürgermeister, Herr **Witt**, informiert darüber, dass eine Zurückweisung nicht funktioniere. Es müsse über die Beschlussvorlage abgestimmt werden, da es einen konkreten Antrag des Vorhabenträgers auf Einleitung des B-Plan-Verfahrens gibt.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** gibt daraufhin für ihre Fraktion bekannt, dass diese nicht zustimmen werde und, dass gegebenenfalls durch die Verwaltung eine neue Beschlussvorlage in Gang gesetzt werden müsse.

Der Stadtpräsident lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 22 Dafürstimmen, 14 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlussnummer: **STV 33/19/2023**

TOP 22 Verabschiedung der zweiten stellvertretenden Oberbürgermeisterin
Vorlage: PV/VII/0086

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 39 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlussnummer: **STV 33/22/2023**

Der Oberbürgermeister, Herr **Witt**, dankt Frau Renger für Ihre langjährige Mitarbeit.

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

gez. Jan Kuhnert
Stadtpräsident

gez. Heike Witt
Protokoll